

Der Sozialdemokrat

Er erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz). Verlag der Verlagsbuchhandlung Göttingen-Zürich. Postgebühren franco gegen franco. Gedruckt bei der Schweizerischen Anstalt für allgemeine Druckerei in Zürich.

Abonnements werden bei allen Schweizerischen Postämtern sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbar. Vierteljahrspreis von: Fr. 2 — für die Schweiz (Streuhand) Fr. 2 — für Deutschland (Gubel) Fr. 1.70 für Oesterreich (Gubel) Fr. 2.10 für alle übrigen Länder des Weltverkehrs (Streuhand). Inserate die Verlagsanstalt befreit 25 Gts. — 20 Pfg.

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

№ 10.

Donnerstag, 5. März

1885.

AVIS an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, dem Verleger wird und der heutigen Verleger alle Rechte geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzugeben, so ist die letztere Vorsicht im Postverkehr notwendig und hat keine Rücksichtnahme verdient, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, somit den Inhalt der Sendungen zu klären, und letztere dadurch zu sichern. Hauptverkehrsamt ist hierzuerst, daß unsere Freunde ja selbst

als möglich an den „Sozialdemokrat“ resp. dessen Verleger sich adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; anberichtet aber, daß auch und möglichst unerschütterliche Postverbindungen hergestellt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größter Sicherheit Besondere Anweisung. Somit zu uns Briefe werden wie gewöhnlich durch die Posten gehen um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Die Unbefiegbarkeit der Sozialdemokratie.

II. Die Weltanschauung der Sozialdemokratie.

Die Kritik und positive Bekämpfung muß sich daher dem Sozialismus auf dieser ganzen Linie seiner Weltanschauung entgegenwerfen.

So Herr Schäffle auf S. 4 seiner Schrift. Unmittelbar vorher hatte er nämlich vom Sozialismus gesagt:

„In Wirklichkeit ist er eine ganze Weltanschauung, wie Herr Bebel sagt: Atheismus in der Religion, demokratischer Republikanismus im Staat, Kollektivismus (Staatsproduktion) in der Volkswirtschaft und, darf man hinzusetzen, maßloser Optimismus in der Ethik, naturalistischer Materialismus in der Metaphysik, Lockerung des Familien- und Ehebandes oder daran Streifen des im Hause, Staatsverwaltung in der Pädagogik, allgemeine Aufklärung im Unterricht. Das Ganze heißt Freiheit und Gleichheit mit Verkennung der letzteren.“

In dem Ausspruch Bebel's, auf den Herr Schäffle hier anspielt, kommt der Ausdruck Weltanschauung nicht vor, es hieß vielmehr nur: Der Sozialismus vertritt auf politischem Gebiete u. s. w. u. s. w., und es erscheint zum Mindesten als eine sehr unpräzise Ausdrucksweise, den demokratischen Republikanismus oder gar das Postulat der allgemeinen Gerechtigkeit (!) unter den Begriff der Weltanschauung zu rubrizieren. Logischerweise kann man von ihnen höchstens als Folgerungen aus der sozialistischen oder sonst einer Weltanschauung reden. Soweit von einer solchen die Rede ist, kommt hier nur der „Atheismus und naturalistische Materialismus“ in Betracht. Denn selbst der „maßlose Optimismus in der Ethik“ (Sittenslehre) ist, wie sich später zeigen wird, auch nur eine Folgerung aus letzterem.

Wir sprechen also zunächst nur von Atheismus und Materialismus.

Ist der Sozialismus naturnotwendig atheistisch und materialistisch?

Die Beantwortung dieser Frage hängt davon ab, welche Auslegung man beiden Begriffen beilegt.

Wenn z. B. Herr Schäffle vom „naturalistischen Materialismus in der Metaphysik“ redet, so stehen wir keinen Augenblick an, die Frage mit Nein! zu beantworten. Mit der Metaphysik, der Lehre von dem sinnlich nicht Wahrnehmbaren, hat der Sozialismus als solcher überhaupt nichts zu schaffen und daher auch nichts mit dem metaphysischen, d. h. spekulativen Materialismus.

Und ebenso steht es mit dem Atheismus.

Herr Schäffle ist Theist, d. h. Anhänger eines persönlichen Gottes, ja noch mehr, er singt einen wahren Lobeshymnus auf den christlichen Theismus, auf den christlichen Gottesglauben. Die christliche Lehre hat nach ihm „vor dem Materialismus sogar zwei unermessliche Vorzüge voraus: die symbolisierende Wahrheit ihrer Metaphysik offen und ehrlich zu bekennen; sodann: in Bildern des Höchsten und Besten, was es auf Erden gibt, die sinnbildliche, nicht buchstäbliche Vorstellung von Gott und seinem Reiche zu geben.“

Das heißt mit anderen Worten: um uns eine Vorstellung von ihrem überstimmlichen Gott zu geben, nimmt die christliche Lehre ihre Zuflucht zum plattesten Materialismus. Denn sobald wir uns auch Herr Schäffle zugestehen, daß selbst dieses „Höchste und Beste, was es auf Erden gibt,“ einen grobsinnlichen materiellen Charakter hat.

Uebrigens ist es gar nicht wahr, daß die christliche Lehre die „symbolisierende Wahrheit ihrer Metaphysik offen und ehrlich bekennt“, und Niemand sollte das besser wissen als Herr Schäffle, der im katholischen Oesterreich Minister war und bei dieser Gelegenheit doch wohl von einem gewissen Syllabus etwas gehört haben wird. Und die „Auferstehung des Fleisches“ im protestantischen Katechismus klingt auch nicht gerade wie ehrliches Eingeständnis, daß diese Auferstehung nur symbolisch gemeint sei. Auch sonst liegt die Sache aber gerade umgekehrt. Das Christenthum behauptet, alles erklären zu können, und erklärt tatsächlich gar nichts, der naturwissenschaftliche Materialismus aber gesteht offen ein, wo bei ihm die exakte Forschung aufhört und die Spekulation beginnt.

Schritt für Schritt hat die Naturwissenschaft dem Aberglauben oder Wunderglauben des Christenthums ihr Terrain abringen müssen, der Christ aber thut noch immer so, als sei er gegen alle Ueberführung geschützt. Was er nicht begreifen kann, ist ihm Wunder, und wo er ein Wunder sieht, sieht er „Gott.“ Wunder auf Erden sind für den Christen Natur im Himmel —

mit diesem Ausspruch Jean Paul's will uns Herr Schäffle plausibel machen, daß auch nach dem Christenthum Gott sich nie „unten werde und gegen die Natur Wunder wirke.“ Welche schiefe, verlogene Ausdrucksweise, um die Verlogenheit zu bemänteln, in die sich die liebe Halbheit versetzt sieht, wenn sie es weder mit dem Einen noch mit dem Anderen ganz verderben möchte.

Wir lassen uns aber nicht auf das Doppelspiel ein, den metaphysischen „Theos“ dem katholischen, protestantischen, jüdischen u. „Gott“ unterzuschieben. Mit diesem letzteren haben wir es in Wahrheit zu thun, von ihm predigt man dem Volk in den Kirchen, in dem Glauben an ihn erzieht man die Kinder der Proletariat, auf ihn beruft man sich, wenn man den Armen von einer „göttlichen Weltordnung“ spricht, der sie sich ruhig und duldsam unterwerfen sollen. „Gott hat es gewollt, sein Wille geschehe!“ — das ist die stehende Redensart, mit der jede Schändlichkeit, jede Niedertracht der Herrschenden von ihren bezahlten Priestern beschönigt wird.

Und diesem Gott gegenüber, der das Bestehende heiligt, der der Schutzherr ist der Obrigkeit, dem „Gott Vater und Schöpfer“ gegenüber ist der Sozialismus allerdings atheistisch und materialistisch.

Alle positiven Religionen, mit welchen wir es hier zu thun haben, gehen aus von einer Schöpfungsgeschichte, die einer Zeit entspricht, wo man von einer Gesehmächtigkeit in der Natur noch keine oder doch nur eine sehr primitive Idee hatte, wo man also zur Erklärung der meisten Vorgänge in der Natur und im Menschenleben auf die Annahme übernatürlicher Wesen angewiesen war. Auf dieser Annahme baut sich das ganze Lehrgebäude dieser Religionen auf. Heute aber, wo wir wissen, daß es in der Natur weder Zufall noch Willkür gibt, sondern nur ein Gesetz: das von Ursache und Wirkung, wo uns die Forschung, statt auf einen Schöpfer und seine Geschöpfe, nur auf Spuren beständigen Werdens und Vergehens, einer beständigen Entwicklung aller organisierten Wesen hinleitet; heute, wo uns Tausende von Denkmälern den unumstößlichen Beweis liefern von der Beschränktheit und Unwissenheit Derer, welche die Offenbarungsreligionen als ihre Stifter, ihre Erzbäter, verehren; heute, wo alle Voraussetzungen dieser Religionen entweder in ihrer Nichtigkeit nachgewiesen oder als historisch überwunden erkannt sind, heute kann eine Gesellschaftslehre, welche auf den Ergebnissen der modernen Wissenschaft fußt, nicht anders als im Gegensatz zu diesen Religionen stehen. Wer selbst noch mit der Vergangenheit nicht abgerechnet, wer veraltete Privilegien zu retten hat, der mag sich mit mehr oder weniger Geschick mit der „erhabenen Symbolik“ u. s. abfinden, mag Himmel und Hölle, diese Ausgebirten einer naiven Phantasie, rationalistisch umdichten, der moderne Proletariat hat kein Interesse daran, die Vergangenheit zurückzurufen, sie bedeutet für ihn ebenso Knechtschaft wie die Gegenwart, sein Heil liegt nicht in der Rück-, sondern in der Fortentwicklung, und darum kann er auch getrost den alten Göttern den Rücken kehren.

Der moderne Sozialismus fußt auf der Erkenntnis, daß die materiellen Verhältnisse, unter denen die Menschen leben, die Bedingungen, unter denen sie ihren Lebensunterhalt produzieren, es sind, welche in letzter Instanz ihre politischen und sozialen Einrichtungen, ihre religiösen Vorstellungen und ihre juristischen Begriffe bestimmen.

Diese materialistische Auffassung entspricht der Entwicklungslehre, wie sie die moderne Naturwissenschaft festgestellt hat, gleich dieser hat sie durchaus nichts Metaphysisches, Ueberstimmliches an sich. Sie führt keineswegs, wie man gemeint hat, zum Geschichtsfatalismus, sie zeigt vielmehr gerade, daß und inwieweit die Menschen die Herren ihrer Geschichte sind. Sie zeigt uns den Menschen als ein Produkt der Verhältnisse seiner Erziehung, seiner Umgebung, seiner Lebensbedingungen, sie zeigt uns aber auch, daß die Menschen selbst wiederum die Produzenten ihrer Lebensbedingungen sind und daß, wie in der Natur, so auch im Gesellschaftsleben, das Gesetz von Ursache und Wirkung herrscht. Wie die Menschheit aber schon heute in den verschiedenen Naturereignissen, in Blitzschlag und Hagel, Regen und Sonnenschein, nicht mehr die Hand des zürnenden oder belohnenden Gottes sieht, so wird sie, einmal Herrin ihrer Produktion und Produktionsmittel, auch für die gesellschaftlichen Konjunkturen keiner überstimmlichen Erklärungen mehr bedürfen.

So wird allmählig die Religion überflüssig.

Aber da kommen wir bei Herrn Schäffle schön an! „So wenig hat dieser Aberglaube — nämlich der von der Sozialdemokratie gepredigte Materialismus — „Aussicht, das Christenthum zu ersetzen, daß er in den höheren, wirklich gebildeten Lagen der Gesellschaft, aus welchen seine trüben Wasser in die Massen hinuntergeseigt sind, bereits versiegt; es wird damit auch unten wieder trocken werden“, ruft er S. 47 aus.

Wir haben oben gezeigt, daß der Materialismus der Sozialdemokratie etwas anders aussieht, als ihn Herr Schäffle sich vorstellt — man könnte sagen, daß beim Hinuntersinken der metaphysischen Sack oben geblieben ist, womit zugleich eine Er-

klärung dafür gefunden wäre, warum das Christenthum in den „wirklich gebildeten Lagen“ wieder Eingang gefunden. Aber unsere Leser wissen besser, warum es bei den Herrschaften „oben“ wieder zum guten Tone gehört, gläubig zu sein. Das Christenthum ist wieder notwendig geworden, um das Bestehende zu verklären.

Wie der Abel so lange freigeistete, bis ihm das Bürgerthum auf den Hals rückte und dann plötzlich wieder fromm wurde und über den gottlosen Voltairianismus Schimpfe, so geht es auch dem Bürgerthum. Es wird wieder fromm — nicht etwa weil es die Unwissenschaftlichkeit des Atheismus erkannt hätte —, sondern weil die Proletariat aufgehört haben, „fromm“ zu sein. Die Beweise dafür sind mit Händen zu greifen.

Und seitdem die Kolonialfrage in den Vordergrund getreten, liegt noch ein zweiter Grund zur Frömmigkeit vor: die Mission. Ohne Mission keine Kolonie — die Regier müssen erst durch das Christenthum „erzogen“ werden, ehe sie sich ins Arbeitsloch spannen lassen. O, es ist etwas Erhabenes um die Religion, sie dient nur idealen Zwecken; aber ist nach Herrn Schäffle „eine Metaphysik und Religion für das Bildungsniveau philosophirender Vorarbeiter und Geschäftreisender!“

Sei's drum. Wir können nicht alle auf dem Bildungsniveau einer Louise Lateau stehen.

Die Moral

Der bürgerlichen Gesellschaft hat Montag, den 24. Februar, im preussischen Landtag gar herrlich gefeiert. Es war eine würdige Jahresfeier der Februarrevolution, die 36 Jahre zuvor den Thron des „Bürgerkönigs“ — der damaligen Hauptstütze der bürgerlichen Moral — gestürzt hatte.

Karlichsen vous! Verehert! Euch! — war das Festgeschrei der bürgerlichen Moral unter dem Bürgerkönig. Plündern den Staat! Saugt das Volk aus! Nur Geld in den Beutel geschafft! Es lebe der organisierte Diebstahl!

Die Moral, welche uns am 24. Februar des Jahres 1849 im preussischen Landtag entgegentrat, hatte allerdings ein etwas anderes Gesicht. Indeß, bei Nichte betrachtet, war es doch dieselbe Moral; und noch vor wenigen Stunden war das „Karlichsen vous!“ gelegentlich der Korymbdebatten im Reichstag mit der ganzen Kraft pommerischer Krautjunker-Lungen in die Welt hinausgetrompetet worden.

Am 24. Februar 1885 handelte es sich um das Ailetheiligste der Moral, um die Moral par excellence.

Die Eigentumsbegriffe sind sehr vager Natur; der scharfsinnigste Jurist ist nicht im Stande, eine scharfe Grenzlinie zu ziehen zwischen erlaubtem Gewinn und Betrug, zwischen moralischem Erwerb und unmoralischem Erwerb — mit anderen Worten: zwischen Eigentum und Diebstahl.

Aber mit der Sittlichkeit im engeren Sinne des Wortes, mit der Sittlichkeit in Bezug auf das Verhältnis der Geschlechter zu einander — da hat die bürgerliche Gesellschaft doch ihre festen Moralbegriffe, ihren Kodex, der haarstarr die Grenzlinie zieht zwischen Erlaubtem und Unerlaubtem, Sittlichem und Unsittlichem. Das heißt, für das öffentliche Leben.

Was privatim, im Geheimen geschieht, je nun, das geht die Welt nichts an. „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“, und sündigt Jemand gegen die Moral par excellence, hält er sich für Rätchen, treibt er Ehebruch, so drückt die bürgerliche Gesellschaft gerne ein Auge zu, auch beide, — vorausgesetzt, daß kein öffentlicher Anstoß gegeben wird.

Das ist die unerlässliche Bedingung, die conditio sine qua non — oder war sie doch bis zu dem denkwürdigen 24. Februar des Jahres 1849.

Der 24. Februar 1849 bedeutet einen geschichtlichen Wendepunkt, in seiner Art kaum weniger wichtig als der 24. Februar 1848. Damals wurde der Bürgerkönig von seinem Thron gestürzt; am 24. Februar dieses Jahres ist die alte bürgerliche Moral vom Throne gestochen worden.

Wie alle großen Ereignisse hat die Sache einen ganz unsehbaren Anfang. Vor etwa sechs Jahren stand in den Zeitungsstellen für „Berühmtes“ eine kurze Notiz über einen beispiellos anstößigen Vorfall in München. Ein junger Gelehrter war mit der Frau seines Vorgesetzten und Hausfreundes am hellen lichten Tag auf einem Grabe des Stadtkirchhofs in flagranti (auf frischer That) ertappt worden. Der Scandal kam vor Gericht; der betreffende junge Gelehrte wurde schuldig befunden und wegen eines schweren Sittlichkeitsvergehens zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt.

Da das Urtheil durch alle Instanzen bestätigt ward, mußte die Strafe auch abgelesen werden.

Die Karriäre des Mannes war vernichtet; er verschwand auf einige Zeit von der Bildfläche, bis plötzlich ein Individuum gleichen Namens auftauchte — in Barzin oder Friedrühse als Leibarzt des Fürsten Bismarck. Man erinnerte sich — ist das der nämliche? Nein! hieß es, der Verurtheilte war ein Bruder.

Und eine Zeit lang waren die Zweifel beschwichtigt. Doch sie tauchten von Neuem auf. Es war ermittelt worden, daß der Held des standhaften Kirchhofs-Abenteuers gar keinen Bruder hatte. Und bald stand die Identität fest.

Aber Herr Schwenninger blieb ruhig in Friedrühse, er war Leibarzt des Reichskanzlers und hielt sich strikt im Privatleben. So verstaunte allmählig die Kritik.

Kam trat aber vorigen Sommer ein Ereigniß ein, welches den Scandal mit potenzieller Kraft wieder aufleben ließ. Schwenninger wurde gegen den Protest der medizinischen Fakultät zum außerordentlichen Professor an der Universität Berlin ernannt. Und zwar, wie sofort bekannt wurde (freilich auch sonst nicht zweifelhaft gewesen wäre) auf persönliche Fürsprache, oder sagen wir lieber: auf den Befehl Bismarck's!

Die tragikomische Episode mit Dubois-Reymond wollen wir hier übergehen.

Genug — am 24. Februar dieses Jahres kam der Standal im preussischen Landtag zur Sprache.

Wir haben nicht nötig, zu sagen, daß spießbürgerliche Moralbedenken uns fern liegen. Wir sind überzeugt, daß das Vergehen Schwenninger's in mangelhafter Erziehung und in dem ungefunten Zustand der Geschlechtsverhältnisse in der heutigen Gesellschaft seine Erklärung findet.

Und es fällt uns des Weiteren nicht ein, zu verlangen, daß ein Mann, welcher einmal sich gegen Sitte und Sittlichkeit geblüht vergangen, darum für immer aus der bürgerlichen Gesellschaft ausgestoßen und vor der Öffentlichkeit gebrandmarkt sei.

Nach der Moral der bürgerlichen Gesellschaft ist die Handlung, welche zur Verurteilung Schwenninger's geführt hat, eine durch und durch unethische und im höchsten Grade geizig, Anstoß zu erregen.

Woblan, der Mann, der diese Handlung verübt hat, ist zu einem öffentlichen Ehrenamt erhoben, zum Lehrer der Jugend gemacht worden.

Hier liegt der Schwerpunkt. Öffentliches Ehrenamt und Lehrer der Jugend!

Der Mann ist also ausgezeichnet und belohnt worden. Freilich nicht wegen des Kirchhof-Abenteuers, sondern wegen der Verdienste, die er sich um die Gesundheit des deutschen Reichskanzlers erworben haben soll.

Der oberste Beamte des deutschen Reiches bezieht seinem Kultus- und Unterrichtsminister, der öffentlichen Moral in's Gesicht zu schlagen, und der Herr Kultus- und Unterrichtsminister thut es. Daß er es mit Widerstreben thut, läßt ihn nur als einen um so größeren Jammerling erscheinen.

Im Landtag schloß es natürlich nicht an etwelchen Ausbrüchen sittlicher Entrüstung. Auch die Berühmtesten der unfauleren Geschlechter hielten sich dabei die Nase zu. Der Posten ist aber bewilligt und die Anstellung des Schwenninger von der Volksvertretung sanktioniert.

Am 24. Februar des Jahres 1885 hat sich im preussischen Landtag die bürgerliche Moral banterst erklärt; auf Befehl Bismarck's muß das, was bisher für die gemeinste Unsitlichkeit galt und worauf sogar kriminelle Bestrafung steht, mit öffentlichen Ehrenämtern belohnt werden.

Und wenn man uns von jetzt an je wieder mit bürgerlichen Moralpredigten langweilen will, so werden wir künftig nichts weiter antworten als: Schwenninger!

*) Protektionssystem. **) Kriechelei vor Großen.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 4. März 1885.

Die amtliche Statistik der letzten Reichstagswahl ist endlich erschienen. Abgegeben wurden im Ganzen 5,682,937 Stimmen von 9,882,792 Wahlberechtigten — also eine Wahlbeteiligung von 60,6 Prozent. Mit anderen Worten: von je 1000 Wahlberechtigten haben 606 gewählt.

Man sieht, die Wahlbeteiligung war diesmal der von 1877 gleich, und steht nur derjenigen von 1878 nach, wo das Attentatstücker gewisse, sonst trüg schlummernde Bevölkerungsschichten aufgerüttelt hatte.

Wenn wir die Wahlbeteiligung in Deutschland mit der in Frankreich vergleichen, so finden wir diese bedeutend höher: sie überstieg bei den beiden letzten Wahlen 80 Prozent (1877: 81 Prozent). Es erklärt sich dies aus der größeren politischen Regsamkeit der Franzosen, und zum wesentlichen Theil auch daraus, daß der Staatsbürger in Frankreich vier Jahre früher das Wahlrecht erlangt als in Deutschland.

In die am 28. Oktober v. J. abgegebenen Stimmen theilen sich die Parteien in folgendem Prozentatz:

Zentrum:	22,6
Deutschfreisinnige:	17,6
Nationalliberale:	17,6
Konservative:	15,2
Sozialdemokraten:	9,7
Reichspartei (Freikonservative):	6,9

Der Rest verkrümelt sich unter Elisch-Lothringern, Polen, Volkspartheiern und „Wilden“.

Das Zentrum, welches auch jetzt relativ die meisten Stimmen erhalten hat, marschirt an der Spitze aller parlamentarischen Parteien mit 1,282,000 Stimmen. Im Jahre 1874 hatte es 1,435,000, 1877: 1,344,000, 1878: 1,316,000 und 1881: 1,117,000 Stimmen. Hat es

auch gegen die vorherige Wahl einen Fortschritt zu verzeichnen, so ist doch die Ziffer der früheren Wahlen nicht erreicht worden — ein Umstand, aus welchem freilich nicht aus einem Rückgang des Zentrums geschlossen werden darf. Solange der Bitter den „Kulturkampf“ führt, wird die Macht des Zentrums nicht gebrochen werden.

Einmalen starken Rückgang hat die deutschfreisinnige Partei erlitten. Die 1,096,000 Stimmen, welche die Fortschrittler und Sezessionisten 1881 zusammen erzielten, sind auf 997,000 Stimmen zusammengeschrumpft, was eine Einbuße von 10 Prozent bedeutet.

Einmalen scheinbaren Aufschwung weisen die Ziffern der Nationalliberalen nach: 997,000 Stimmen anstatt 814,000 im Jahr 1881. Im Jahr 1877 hatte die Partei 1 1/2 Millionen Stimmen auf sich vereinigt. Der Abstand von dieser Ziffer ist, wie man sieht, noch ein sehr beträchtlicher. Insofern gegen 1881 bekunden die 997,000 Stimmen der letzten Wahl immerhin einen Zuwachs. Derselbe ist jedoch nur scheinbar, weil er einzig und allein auf Rechnung der gouvernementalen Unterstützung kommt und eigentlich den Konservativen gutgeschrieben werden müßte.

Die beiden konservativen Fraktionen (Deutschkonservative und Reichspartei) haben zusammen 1,248,000 Stimmen (die Deutschkonservativen 861,000, die Reichspartei 387,000), im Ganzen 55,000 mehr als 1881, wo die ersteren 812,000 Stimmen hatten und die Reichspartei 391,000. Im Jahr 1881 hatten die beiden konservativen Parteien zusammen 1,532,000 Stimmen gehabt. Man sieht, trotz der äußersten Anstrengungen ist es im vergangenen Herbst nicht gelungen, die den Herren Reaktionen so nützliche Attentatsstimme wieder heranzuführen.

Die Sozialdemokraten haben ihren höchsten vorherigen Stand, den des Jahres 1877 mit 495,447 Stimmen, um mehr als 56,000 Stimmen überholt: sie hatten am 28. Oktober — denn nur von der Hauptwahl gelten alle diese Ziffern — 549,990 Stimmen.

Ein Blick auf die Stimmenzahlen der verschiedenen Parteien ergibt, daß die sozialdemokratische Partei die einzige ist, welche ihren früheren höchsten Stand überschritten hat und folglich einen wirklichen Fortschritt, absolut und relativ, zu verzeichnen hat. Besser als die meisten Ziffern der amtlichen Wahlstatistik kann das aberne Geschwätz, der Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie bei der letzten Wahl sei eigentlich nur ein scheinbarer, nicht widerlegt werden.

Und dann bedenke man noch die Schwierigkeiten, mit denen die sozialdemokratische Agitation zu kämpfen hatte: unter der Herrschaft eines Ausnahmegerichtes, das die Sozialdemokratie ihrer Presse und in den weithin Theilen Deutschlands aus des Vereins- und Versammlungsrecht beraubt hat und jeden, der sich in die Öffentlichkeit wagt, mit Verfolgungen und Ruin bedroht.

Die Ungerechtigkeit unseres heutigen Wahlgesetzes tritt zu Tag, wenn man die Zahl der gewählten Abgeordneten jeder Partei mit der Zahl der für sie abgegebenen Stimmen vergleicht.

Im Ganzen fielen bei der letzten Wahl durchschnittlich 14,264 Stimmen auf je einen Abgeordneten. Die Abgeordneten der Konservativen haben durchschnittlich je 11,000, die der Reichspartei und des Zentrums je 13,000, der Deutschfreisinnigen je 15,000, der Nationalliberalen je 19,000, der Sozialdemokraten je 23,000 in runder Summe! Nach Maßgabe des Durchschnittsverhältnisses für das gesammte Reich müßten die Sozialdemokraten 38 Abgeordnete haben — 14 mehr, als sie thatsächlich besitzen. Es ist dies eine Anomalie, welche bloß durch eine vernünftige Proportionalvertretung beseitigt werden kann.

Wie das in der Natur der Sache liegt, sind die verschiedenen Parteien nicht gleichmäßig über das Land vertheilt. Sie sind da am stärksten, wo die Bodenbedingungen, um uns des Ausdruckes zu bedienen, ihnen am günstigsten sind. Was insbesondere die Sozialdemokratie betrifft, so hatte sie bei der letzten Wahl in Preußen 7,5 Prozent, in Sachsen 35,3, in Oesterreich 15,9, in Baden 5,3, in Bayern 5,5, in Württemberg 8,8, in Mecklenburg-Schwerin 0,4 Prozent stämmlicher abgegebenen Stimmen; den höchsten Prozentatz hatten wir in Neuh Jüngere Linie mit 43,3, Hamburg mit 51,7 und Neuh Ältere Linie mit 56,6 Prozent. In Elsch fielen uns nur 1,8 Prozent zu. Speziell in Preußen ist die Angelegenheit sehr groß. In den Ostprovinzen (Ostpreußen, Westpreußen, Pomern und Posen) hat die Sozialdemokratie nur sporadisch Fuß gefaßt; in Berlin hatten wir am 28. Oktober 35,3 Prozent stämmlicher abgegebenen Stimmen.

Die Sozialreform für die oberen Zehntausend macht immer weitere Fortschritte. Noch ist die „Verbesserung“ des Sozialtarifes, das Werk der berüchtigten „freien wirtschaftlichen Vereinigung“ — eine „über den Parteien“ stehende Koalition von Freiberufern im Reichstage — nicht durchgeführt, denn von durchberathen kann man da nicht reden, es handelt sich höchstens noch um ein gegenseitiges Feilschen, oder um uns christlich-neudeutsch auszubringen, was Schächer der Herren Schutzdiener; noch, sagen wir, ist diese „sozialreformatorische Maßregel“ nicht perfekt, und schon taucht ein neues Projekt auf, den oberen Zehntausend, den armen Rittergutsbesitzern, von Staatswegen zu helfen. Bismarck beginnt, sich für den Bimetallismus zu „interessiren“, und was das Interesse Bismarck's bedeutet, weiß heutzutage jedes Kind. Der Bimetallismus, die gesetzliche Doppelwährung, wie sie von ihren Befürwortern heute verstanden wird, ist nichts anderes als die gesetzliche Münzfälschung. Weil das Silber in Folge der stark vermehrten Produktion so erheblich im Preise gesunken ist, daß es heute im Verhältnis zum Golde wie 19 zu 1 steht, so soll der Staat durch Gesetz decretiren, daß in Zukunft Jedermann Silber im Verhältnis von 18 oder gar 15 zu 1 statt Gold in Empfang zu nehmen habe. Das ist natürlich der reine Schwindel, darauf berech-

net, den Preis vom Silber künstlich zu erhöhen, und würde, wenn durchgeführt, nicht die Doppelwährung, sondern die Rückkehr zur Silberwährung bedeuten.

Für den Proletarier, der Gold wenig oder gar nicht zu Gesicht kommt, möchte das auf den ersten Blick sehr gleichgültig scheinen, es scheint auch nur so, weil das Silber heute nämlich nur ein Scheidemünze oder doch nur in beschränktem Maße als Zahlungsmittel fungirt; in Wirklichkeit geht die Frage auch ihm an. Eine Verschlechterung der Währung ist gleichbedeutend mit einem Steigen der Preise aller übrigen Waaren, in erster Reihe also der Lebensmittel, während das entsprechende Steigen der Löhne ebenfalls stets so lange auf sich warten läßt. Den Hauptvortheil hätten die Arbeiter, unter denen sich denn auch die begeisterten Anhänger des Bimetallismus befinden — Grund genug für den „Freund des armen Mannes“, sich auch für diese sozialreformatorische Maßregel zu interessiren. Der arme Mann erhält nämlich wiederum das Recht, die Kosten derselben zu bezahlen, was ihm nur dienlich sein kann, da ihm in Deutschland schon längst viel zu gut geht. Beweist, die Wanderung. Nun, hoffentlich wird man auch einmal mit gleichem Logik schließen können, daß die Völker just dann die Geduld verlieren wenn sie zu — waghabend sind.

— Nochmals die Dampfersubvention. Von einem Dampfersubvention prinzipiell zustimmenden Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion geht dem „Berliner Volksblatt“ eine Zuschrift zu, worin wir der Vollständigkeit halber, und um jede Seite zur Geltung zu bringen, nachstehend folgen lassen.

Sie lautet: „Da in Nr. 44 Ihres geschätzten Blattes sich ein Artikel befindet, die Gründe angibt, welche die Kinderheit der sozialdemokratischen Fraktion bei ihrem Verhalten in der Dampfersubvention leitete, sei es hier auch erlaubt, kurz die Motive anzuführen, durch welche die Mehrheit der Fraktion bei ihrer Stellungnahme bestimmt wurde.“

„Wenn gleich die Mehrheit auch die Ueberzeugung hat, daß die Dampfersubvention überwiegend der Unternehmerklasse zu Gute kommt, so geht dieselbe doch von der Voraussetzung aus, daß für den Arbeiter auch ein verhältnismäßig bedeutender Nutzen, direkt und indirekt, abfallen wird. Einstellung von neuem, politischem Hilfspersonal, Arbeit bei der Befrachtung und beim Löschen der Dampfer, Arbeit beim Besetzen derselben und bei der Herstellung der Industrieerzeugnisse, welche zweifelhaft durch die neuen Dampferlinien in bedeutend größerem Maße nach jenen Gegenden verschifft werden.“

„Dadurch wird vielen Tausenden jetzt Arbeitslosen Gelegenheit zur Arbeit, die Möglichkeit, sich und ihre Familie zu ernähren, gegeben.“

„Das Gespenst der Arbeitslosigkeit wird bekämpft und die Arbeiter der wichtigste Faktor der menschlichen Gesellschaft, wesentlich gefördert.“

„Allerdings fällt der Löwenantheil den Unternehmern zu. Aber die ist bei allen Unternehmungen in der heutigen Gesellschaft der Fall. Hauptnutzen von jeder Subvention hat das Kapital — und doch hat sich Niemand gegen die Subvention der St. Gotthardbahn gewandt, wiewohl die sozialdemokratische Fraktion früher oft genug für Einrichtungs eines deutschen Konsulats in fremden Ländern gestimmt, und doch hat noch jüngst 150 000 R. zur Erforschung des Innern von Afrika bewilligt, allerdings zu wissenschaftlichen Zwecken. Ausgedeutet wird auf diese Erforschung sicherlich in der Hauptsache von den Unternehmern, wiewohl Handelsherren werden, wohingegen für die Arbeiter nur Brotsamen abfallen.“

„Somit dürfen also Volksvertreter, denen in der Hauptsache die Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse obliegt, niemals für Ausgabestimmen, welche die Hebung der Industrie fördern sollen, weil der bekannte Löwenantheil den Unternehmern zufällt. So wäre die Zustimmung zu einem industriellen Schutzoll auf alle Fälle zu verwerfen, da es diesen Jollen in der Hauptsache nur die Fabrikanten profitiren, während die Arbeiter nur geringen Nutzen davon haben können.“

„Alle Handelsverträge mit fremden Nationen kommen in erster Linie den Unternehmern zu Gute, und doch hat die sozialdemokratische Fraktion im Laufe der Zeit einer großen Anzahl solcher Verträge, wenn auch meist nur stillschweigend, zugestimmt, und sie würde auch im vorigen Jahre wahrscheinlich den spanischen Handelsvertrag zugestimmt haben, wenn nicht die wenig konstitutionelle Art und Weise, in der die Vorlage eingebracht wurde und die Hamburger Sprüchlauei davon abgehalten hätten.“

„Auch muß man bedenken, daß alle Ausgaben für Kulturwerke die Dauer und die Gesamtheit zu Nutzen dienen. Dabei darf man dann nicht allein auf die momentane Profitvertheilung, die ja ganz bestimmt zu Ungunsten der Arbeiter ausfällt, hindrücken, sondern man muß doch auch die Zukunft im Auge haben.“

„Die ostasiatische Linie hat bis jetzt Niemand, als den Kolonialminister der Regierung dienend, ansetzen können; aber auch die australische Linie hält die Majorität der sozialdemokratischen Fraktion dann für vollständig unversänglich, wenn die Samoa-Zweiglinie von derselben abgelöst wird.“

„Letztgenannte sind wir der Meinung, daß es ein Glück für den „armen Mann“ sein wird, wenn von Australien aus die Getreideeinfuhr nach Deutschland sich immermehr steigert, weil dadurch die Erhöhung der Getreidepreise allein in etwas ausgewogen werden kann. Würde die Getreideeinfuhr jetzt nachlassen, so würde nicht nur das Getreide noch mehr im Preise steigen, sondern die deutschen Arbeiter würden noch dazu da-

*) In der vorigen Nummer läßt uns der Druckfehlertheufel von Bismarck's „sozialdemokratischen Wohlthaten“ sprechen, was wir denn doch hier corrigirt haben wollen.

Feuilleton.

Der Gehekte.

Dramatisches Gemälde aus der Jetztzeit.

In drei Aktheilungen und einem Vorspiel.

Von G. G.

(Fortsetzung.)

II. Theil.

(Ein kahler Schlafraum; an den Wänden entlang einige Strohlager mit Pferdebeden darauf. Ein Tisch nebst einigen Schemeln. Auf einem der Strohlager ruht Stürmer. Die sieben Karrenschieder umfliehen ihn entblößten Hauptes.)

Stürmer (sicherhaft erregt): Ich kenne Euch nicht, Ihr hageren, blaffen Gesalten mit den traurigen Augen, aus welchen deutlich das tief empfundene Elend spricht. Aber ich weiß, daß Ihr meine Freunde, meine Leidensgenossen seid. Kommt her und reicht mir Eure Hände! (Zum Ersten, indem er seine Hand drückt:) Was (haust Du mich an, — so wirr, — so müde! Freund, was quält Dich?)

Erster Karrenschieder: Die Erinnerung an meine vor Hunger und Elend sterbende Familie!

Stürmer: Ach, Freund, ich verstehe Dich! Wie sieht heute mein Auge so klar, so weit! Auch Dich rafften die Elenden von der Straße weg und schleppten Dich hierher, indem sie mit Gefängniß drohten. Und Deine hungernde Familie mit den armen Schuldlösen Kleinen wartet vergebens auf Hilfe, auf Nachricht von Dir. Armer Proletarier, Dein Loos ist schrecklich!

(Der Erste wendet sich ab und verdeckt mit der Hand die Augen.) Stürmer (dem Zweiten die Hand reichend): Dein Auge blickt kampfsamühlig in die Zukunft, Du trägst den Haupt so stolz. Kamst Du aus eigenem Trieb, den Karren schieben?

Zweiter Karrenschieder: Mit Nichten, kranker Freund! Bin von Profession ein Goldschmied und habe schon manches schmucke Ketten und Halsgeschmeide aus purem Golde verfertigt, doch leider blieb an meiner Hand nichts kleben. Mit leerer Tasche sog ich meine Strafe. Da veranlaßte mich ein unausgesetztes Knurren in meinem Magen, in einem Hause um eine kleine Gabe anzusprechen. Kaum hatte ich wenige Schritte gemacht, da erfaßte mich auch (von der Wandarm: Gefängniß oder auf dem Gute arbeiten! tönte es in meinen Ohren. Wie jeder anständige Mensch, habe ich gleichfalls Scheu, mit dem Gefängniß bekannt zu werden, und so entschloß ich mich kurzer Hand für das Letztere.

Stürmer: Bald ziehst Du Deine Strafe weiter und findest viel-

leicht auch in gar nicht langer Zeit Arbeit; Dein Loos scheint noch erträglich. Darum versprich mir, Freund, nicht an Dich allein zu denken, sondern alle Deine übrigen Kräfte für die Befreiung der Unterdrückten zu opfern.

Zweiter: Wenn es Dein Herz erleichtert, kranker Kamerad, so wisse, daß ich schon lange zur Verfolge des kämpfenden Proletariats gehöre und ihr auch bis zum letzten Athemzuge treu bleiben werde.

Stürmer: Danke Dir, braver Genosse, das macht das Scheiden leichter.

Dritter: Hier, meine Hand, Du armer Kamerad! Aber sprich nicht von Scheiden. Es bekümmert mich tief, so etwas zu hören. Männer wie Du sollten länger leben, zum Mindesten nicht in solch trauriger Lage aus dem Leben gehen.

Stürmer: Deine Rede läßt erkennen, daß auch Du kein stumpfsinniger Karrenschieder bist. Sie beweist, daß Dir ein warmes Herz im Busen schlägt.

Dritter: Ein Karrenschieder bin ich freilich nicht. Meine Eltern hatten Grothes mit mir im Sinn: einen Schulmeister wollten sie aus mir machen. Doch nur willenslose Werkzeuge kann man heutigen Tages zur Volkserziehung verwenden. Mein Fehler war, daß ich frei heraus sagte, was mein Herz bewegt. Darauf entließ man mich. Auf meinem Heimathdorfechen litt es mich verderben nicht. Gleich einem verwerthen Apffel mochte ich durch die Lande ziehen. Freund, ich habe in den Leidensleth der darbenben Menschheit bis auf den Grund geschaut, selbst den Bescher der Armut bis zur Reize gelangt. Jetzt weiß ich, wo die Wurzel des Uebels liegt! Von hier aus will ich wieder heimwärts wandern. Mein sehnlichstes Verlangen geht dahin, in Wort und Schrift mitzumitren in dem Kampf für die Enterteten.

Stürmer: O wie ein Lichtstrahl fallen Deine Worte in mein Herz. Ja, Freunde, werdt und lebet in dieser unwählenden Zeitepoche, damit am Tage des Kampfes Niemand irre geht und Keiner an der Heerschar fehlt.

Vierter: Nimm auch von mir einen warmen Dandebred. — Stürmer: Du hast noch mehr aus dem Herzen, doch Du schweigst! Aber Deine Hüge verrathen, was Dein Mund verschweigt! Aus ihnen spricht ein hoher Groll, der, wenn er hervorbricht, vergelten wird, was man Dir Vitteres zugesagt hat.

Vierter: Nicht mein Elend allein ist es, was mein Herz zusammendrückt, sondern unser Aller elendliches Loos. Es läßt mich keine Worte finden, um auszusprechen, was ich möchte. Nur das will ich sagen: Wenn Ihr am Tage der Vergeltung vom wilden Schind hören solltet, dann denkt an mich. Gar Vieles haben wir auf dem Conio und unsere nervenstarke Faust weiß kräftige Schläge auszutheilen! (Er ballt drohend seine rechte Hand.)

Stürmer: Dein Jörn ist gerecht, Freund. Noch einmal Deine selbige Rechte!

Fünfter: Ich komme mir fast unwürdig vor, Dir Deine Hand zu drücken.

Stürmer: Hast Du jemals in schnöder Absicht Deine Kameraden verrathen oder sonst einen Schurkenstreich verübt?

Fünfter: Nein, nein, das nicht! Aber bis jetzt habe ich mich vor werdenden Genossen ferngehalten und ihr Beginnen als dummes Jers bezeichnet.

Stürmer: Und warum?

Fünfter: Ich hatte das Elend noch nicht gelostet, hatte noch Hoffnung auf einen gebat. Spießbürgerliche Errogen, sagte ich: Wer arbeite will, findet schon Gelegenheit dazu. Doch nur zu bald trat das herbe Schicksal an mich heran und zerstörte diese hohe Illusion. Jetzt verstell ich den Nothleid der mit dem Hunger ringenden Arbeiterklasse. An wenn es auch nicht zu spät ist, will auch ich eintreten in die kämpfenden Reihen.

Stürmer: Zu spät ist es nie. Und das änd nicht die schlechtesten Kämpfer, die gleich Dir durch eigene Erfahrung von der Nothwendigkeit des Kampfes überzeugt worden sind. Gib mir die Hand, Freund. (Er führt sie nach seiner Stirn.) Ach, das läßt. Wie mir doch das Blut in die Adern fließt! Nur einen Schluß Wasser, lieb Freund, um den trunkenen Gaumen zu nesen. (Der Zweite eilt nach Wasser und reicht es dem Kranken.) Danke, das erquickt.

Schseher: Es sieht schlimm aus mit Dir, armer Kampfgenosse.

Stürmer: Kampfgenosse? Ja, das war für mich das rechte Wort. Ich habe gegen das heutige heuchlerische Ausbeutungssystem gekämpft mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln. Doch meine Stunden sind gefüllt, das weiß und fühle ich. Bruder, schau! darum nicht so finstere drein. Ob einer auch fällt, jeht andere sollen diese Uebel.

Schseher: Aber daß Du gerade heute, den 18. März, ein zu Tod gebektes Opfer unterliegst, erfüllt mich so mit Groll. Du kennst doch die Bedeutung des heutigen Tages?

Stürmer (sich emporrichtend): Ob ich sie kenne! O welche Frage! Ja, den Achtzehnten war's, im Jahre 48. Da hatte der gerechte Groll die Herzen übermann. Da traten sie heraus, die Hühner in der Hand um sich das lange vorenthalten Recht zu nehmen. Ein kleines Häuflein nur kämpften sie tapfer und unerschrocken weiter, ob auch das Blut auf unglücklichen Wunden floß, ob sich auch Leiche auf Leiche türmte. Sie legten die Hände nicht eher nieder, bis man ihnen Gewährung ihres Rechtes verprächte. Sie glaubten hohem Königswort. Doch nur zu bald sahen sie sich bitter enttäuscht. Verrathen, entworfen, mit ihren jeitliche Kampfmittel beraubt, mußten sie sich der Gewalt beugen. Das Königswort wurde mit beispielloser Frechheit gebrochen. Wir haben den selbst los gefallenen Freiheitskämpfern vom 18. März 1848 und allen denen

als auch über die drohende Ausweisung Schweigt — wir wissen nicht, aus welchen Motiven. Denn das „Proletariat“ bereits so sehr Eigentum des „antiautoritären“ Herrn Broussé sein sollte, daß es dessen speziellen Hohn gegen die deutsche Sozialdemokratie in sein Programm aufgenommen, wollen wir zur Ehre von Leuten wie Chabert, Allemane u. s. w. doch nicht annehmen. Jedenfalls aber hat uns sein Verhalten sehr eigenhändig berührt.

Zu den Blättern, welche uns am insamsten beschimpften, gehört die „France“ und das sich radikal gebende „Rot d'Ordre“, Organ des Herrn Lepelletier.

Wir geben hier noch eine Notiz aus dem „Cri du Peuple“ vom 19. Februar wieder, welche ebenso scharf wie treffend die Situation kennzeichnet. Dieselbe lautet:

„Auf die Knie, Herr!... Am 14. Juli vorigen Jahres manifestierten die Mitglieder der Patriotenliga vor den Fenstern des Hotel Continental gegen Deutschland. Sie bemächtigten sich einer Fahne und zerfetzten sie unter dem Rufe: Nieder mit Preußen!“

„Tag darauf telegraphierte Herr von Bismarck, und da er ihm in so großer Entfernung nicht die Stiefel ablegen konnte, sammelte er einige Platte Entschuldigungen.“

„Letzten Montag ist beim Begräbnis von Jules Vallés ein ebenso schlimmer Zwischenfall passiert. Eine Bande Studenten, junge Bourgeois, die Zukunft unserer Herrscher, Nachfolger Veroullé's, just dieselben, welche den Skandal vom 14. Juli organisiert hatten, heulten: Nieder mit Deutschland! Nieder mit den Deutschen! Nieder mit Preußen! Werft die Agenten Bismarck's hinaus! Während mehr als einer Stunde beschäftigten sie einen Zug, der die Reste des großen Revolutionärs Vallés begleitete. Und bei jedem Schritt ertönten neue Verwünschungen wider Deutschland.“

„Auf, Herr! Auf die Knie! Wirst Dich vor dem großen Kanzler nieder! Sage ihm neue Entschuldigungen, es ist notwendig!“

„Die Patriotenliga hat Dir schon eine Ohrfeige eingebracht, schnell her mit der andern — Bada!“

„Aber Herr Herr! sag es diesmal vor, durch die République Française die Angegriffenen beschimpfen zu lassen, ihnen mit Ausweisung zu drohen, — die Dekrete sollen schon unterzeichnet sein — und alles Das unter dem Beifall der nationalen Presse — Deutschlands! Lieb Vaterland, konnt ruhig sein!“

— Aus Belgien schreibt man uns: „Genossen, wir können es nicht unterlassen, Euch Einiges über die Bewegung der Arbeitslosen von Brüssel zu berichten.“

Die große Roth, welche zur Zeit überall herrscht, hat auch die Arbeiter von Belgien nicht verschont, und viele Tausende, die bisher in ihrer Erthätigkeit dahinkam, aus ihrer Gleichgültigkeit ausgerückt. Die hiesige organisierte Arbeiterschaft nahm sich der Sache mit Eifer und Geschick an. Am 16. Februar wurde im Saale des „Kavalorama“ ein Meeting abgehalten, das überaus zahlreich besucht war, und an welchem mehrere tüchtige Redner Aufklärung gaben, welches die eigentlichen Ursachen des Elends sind. Sämmtliche Redner waren darüber einverstanden, daß die herrschende Krisis in dem Ausbeutungssystem des modernen Kapitalismus ihre Erklärung findet. Nach einer längeren Debatte sollte die Versammlung eine Resolution, dahingehend, daß am nächsten Montag den 23. Februar eine Demonstration stattfinden sollte.

Wir theilen zugleich mit, daß diese beschlossene Demonstration heute stattfand. Die Zahl der Teilnehmer wird auf über Zehntausend geschätzt. Drei Delegirte wurden aus der Mitte der Arbeiter gewählt, welche die Forderungen der Proletarier: „Brod und Arbeit“ dem Bürgermeister von Brüssel und dem Präsidenten des Ministeriums vorlegten. Beide Herren zeigten sich sehr entgegenkommend und versprachen, für Abhilfe zu sorgen, — wir werden sehen, wie sie ihr Wort halten. Vom Ministerium zogen die Arbeiter unter Abkündigung der Marfessaise und Hochrufen auf die soziale Republik vor das Palais des Königs. Drei Herren ließen sich am Fenster des Palais sehen und betrachteten mit Mißbilligung die nach Brod schreienden Arbeiter, als wenn die große Masse der Unterdrückten nicht im Stände wäre, sie zu füttern. Obgleich bei die Roth das höchste Maß erreicht, und der Tag wird nicht allzufern sein, wo der Arbeiter von seinem Rechte Gebrauch machen und sich vom Joch der Sklaverei befreien wird. Drum auf, Proletarier aller Länder, rüffet Euch zum Kampf!

Die Genossen in Brüssel.

Im Kohlenbeden des Borinage ist ein großer Streik ausgebrochen. Leider aber scheint er denselben Verlauf nehmen zu wollen, wie seine Vorgänger in früheren Jahren. Es fehlt an einer kräftigen Organisation der Arbeiter; diesen Mangel versuchen sie gewöhnlich durch Gewaltthätigkeiten zu ersetzen, was für die Behörden eine willkommenen Gelegenheit ist, mit Waffengewalt einzuschreiten und einzuschüchtern.

Berichtigung.

Von durchaus zuverlässiger Seite erhalten wir folgende Zuschrift: „In Nr. 44 des „Sozialdemokrat“ vom Jahr 1884 ist ein Artikel über den Polizei-Inspektor Krieter in Magdeburg enthalten. Die in dem Artikel angegebenen Thatsachen sind theils gänzlich aus der Luft gegriffen, theils auf das Unglaublichste entstellt.“

„Inspektor Krieter hat die politischen Gegner selbst als Gefangene Retz anständig behandelt.“

„Die Frau des Inspektors ist die Tochter eines wohlhabenden Bauern in der Nähe von Magdeburg. Dieselbe hat niemals in einem dienstbaren Verhältnis irgend welcher Art gestanden, ist insbesondere niemals vor ihrer Verheirathung in Hannover gewesen, sondern Inspektor Krieter, welcher damals noch eine untergeordnete Stelle einnahm, hat seine Frau aus ihrem elterlichen Bauernhofe, wie man sich hier ausdrückt, „herausgeheiratet.““

„Diese beiden Thatsachen kann ich durch Zeugnisse von Tugenden von Parteigenossen und ad 11 eventuell auch durch amtliche Bescheinigungen erhärten.“

Somit der Eindeutigkeit, dessen Glaubwürdigkeit, wie gesagt, für uns keinen Zweifel untersteht.

Wir selbst aber benutzen diesen Anlaß, um unsere Genossen wiederholt und dringend zu ersuchen, in ihren Korrespondenzen sich streng an die Wahrheit zu halten, und nicht Unbewiesenes, leere Gerüchte als Thatsachen zu melden. Unsere Sache ist so stark, daß wir Lüge und Verleumdung als Kampfmittel ruhig den Gegnern überlassen können. Zu solchen Mitteln greift nur, wer für eine schlechte oder zweifelhafte Sache kämpft, wer sich schwach in seinen Argumenten fühlt. Der schärfste Angriff verfehlt seine Wirkung, wenn er nicht durchgängig auf Wahrheit beruht.

Der „Sozialdemokrat“ ist das Mundstück der Unterdrückten in Deutschland, die Stimme der gedrückten Wahrheit; nicht aber ist er dazu geschaffen worden, Lügen, die man in Deutschland nicht auszusprechen den Muth hat, vom Ausland her in Umlauf zu setzen.

Korrespondenzen.

Spremberg, 18. Februar. In Nachstehendem wollen wir den Genossen Deutschlands mittheilen, wie wir in unserm Wahlkreise mit der Beihilfung des bekannten Wahlmanifestes gefahren sind, und damit einen neuen Beweis liefern für die 10 Jahre alte Handhabung des Bismarck-Gesetzes. Wie in ganz Deutschland, so wurden auch hier am 5. Oktober im Laufe des Nachmittags viele Tausende von diesem Manifest verbreitet, und weil uns ein Verbot nicht bekannt war, so traten denn circa 200 Genossen die Arbeit an, und zwar öffentlich. Doch dabei einige Verhaftungen vorkamen, war gar nicht zu vermeiden. Am 7. Oktober verbot die Regierung zu Frankfurt a. D. das Flugblatt, und einige Tage später erließ der erste Staatsanwalt zu Rottbus nachstehende Bekanntmachung: „Nachdem diese Schrift u. s. w. von der Königl. Regierung zu Frankfurt a. D. verboten ist, fordere ich alle Behörden und Privatpersonen auf, die Verbreiter derselben anzuhalten und sie der nächsten zuständigen Behörde zu überliefern.“ u. s. w. Auf diesen Erlaß hin mußten wir als sicher annehmen, daß unser Wahlausflug erst vom 7. Oktober an verboten war, jeder unbefangenen Denkende wird uns das zugeben, aber — die Sache kam anders. Es wurde gegen 12 Genossen Anklage wegen

Verbreitung verbotener Schriften erhoben, und dieselben dann auch auf Grund von § 21 des Bismarck-Gesetzes zu ganz empfindlichen Strafen verurtheilt. So erkannte das Schöffengericht zu Spremberg am 14. Januar auf 10 Mark, eventuell 2 Tage Haft; in der Sitzung vom 4. Februar gegen drei andere Genossen auf 50 Mark, eventuell 10 Tage Haft. Die Richter in Rottbus dagegen erkannten auf 30 Mark und eine Menge Kosten. In dem Erkenntniß vom 4. Februar hieß es: „Mit Rücksicht darauf, daß nach einer vor Kurzem erfolgten Beurtheilung von Sozialdemokraten seitens desselben Gerichts, wofür sie mit einer geringen Strafe von 10 Mark belegt waren, sich dieselben gleich darauf in einer dem Gerichte Hohn sprechenden Weise betragen und dadurch bekundet haben, daß eine milde Beurtheilung dieser Straftath durchaus nicht abgebracht erscheint, lautet das Urtheil auf je 50 Mark Geldstrafe, im Unvermögensfalle je 10 Tage Haft.“

Nun spreche uns Einer noch von Loyalität! Noch einige Tage vor der betreffenden Verhandlung hatte der hiesige Staatsanwalt, Bürgermeister Wirth, durch einen Polizeibeamten Erkundigung einziehen lassen, in welchen Vermögensverhältnissen die Angeklagten sich befinden, und auf diese Weise erfahren, daß der Eine derselben Vater von 10 Kindern ist, und diese von seinem Verdienst von 10 Mark wöchentlich ernähren muß, und daß der Zweite, der 5 Kinder ernähren muß, und der Dritte, der gleichfalls Familienvater, ebenfalls auf einen so langen Verdienst angewiesen sind — und trotzdem erklärt der Herr diese enorme Strafe für gerecht, weil Andere sich angeblich ungehörig benommen! Da hört in der That Beschiedenes auf!

Da die Beurtheilten selbstverständlich nicht im Falle sind, die hohe Geldstrafe zu erlegen, so werden sie wohl oder übel die Haft abgeben. Inzwischen mag die Stadt für ihre Familien sorgen.

Koblenz a. Rh., 20. Februar. Auch hier haben wir zum ersten Male einen Arbeiterkandidaten, den Genossen E. Ulrich in Offenbach a. M., aufgestellt und auf denselben ohne besondere Agitation 308 Stimmen vereinigt. Es fehlte an Mitteln, es fehlte an Kräften, und die Polizei hatte weiter dafür gesorgt, daß wir kein Lokal zur Abhaltung einer Wahlversammlung bekamen.

Stratmandats und Prozesse, sowie seitens der „aufgewärmten“ politischen Gegner Ausbeutungsvorwürfe gegen Genossen von Handwerk, die öffentlich Farbe zu bekennen wagen, das sind alles Dinge, die naturgemäß auch hier nicht fehlen und für künftige Wahlen bestens vorarbeiten helfen. Die „erzieherische“ Wirkung des Sozialdemokraties wird auch bei uns als befruchtender Regen unsere Saat hundertfältig wirken. So kämpfen wir, so lehrt man uns weiter kämpfen.

Die rotze Sanduhr.

Plauen im Voigtl., Sachsen. Am ersten Montag im Februar war Rassenhausung hier. Auch verschiedene Nichtsozialisten wurden „in Betracht gezogen“. „Unser Voigtl. Anzeiger und Tageblatt“, eine Zwillingausgabe des „S.D.“ Nr. 49 mit der Anklage gegen die hiesige „anonyme Mordeffektivität“ hat gemerkt. Die Polizei glaubte dem entsprechend diplomatisch — erst drei Wochen nach der strafwürdigen Verbreitung der Wahrheit, durch Ueberumpelung zu finden, was sie kraft ihrer dicken Strümpfe schwerlich finden kann: unsere rotzen „Zeitungsblätter“ nämlich. Es war ein großartiger Ueberfall, den unter Polizeigen. Mittel Rodstroß, diesmal geplant hatte. Zur gleichen Zeit und Stunde wurden 16 Personen von ihm und seiner Horde überfallen, damit sich die Leute nicht verlaufen, oder aufräumen könnten. Aber, — ohne Vorber und ohne das uns geheim ausgelegt gemessene Fängels von Mark 200 einzuschleimen, mußte unser Staatsanwalt abziehen. Rodstroß hat mir so oft, leeres Stroh gedroschen. Drei Tage vor den Inhaftierungen mußten wir schon von dem Schlochteln und der ausgelegten „Belohnung für denjenigen, der das sozialdemokratische Lager entdeckt“. Auf die Klumerei, daß die Polizei anonyme Briefe erhalten habe, legen wir keinen Werth. Als ob die Polizei nicht auch Tinte und Feder riskirt, wenn sie neben ihrer Dreifigkeit auch mal ihre Dummheit parodieren lassen will! Für „Dynamit-Ankündigungen“ ist natürlich unsere gemüthliche Voigtlands-Polizeivorsehung noch nicht eingerichtet. Wir sind fortgesetzt auf dem Plan, ihr Thun und Treiben gründlich zu verfolgen und werden bei passender Gelegenheit die Früchte unserer Ueberwachung vor der Öffentlichkeit verwerthen, daß sie ihr Ärger im Bauch herumgehen sollen, als unserem Rodstroß das zu Wasser geworbene Fäng- r-R-V-r.

Stuttgart. Am 20. Februar fand hier wieder ein „Sozialistenprozess“ statt. Wegen Verbreitung verbotener Schriften waren angeklagt: Schneidermeister J. W. Zwickler, Steinbauer S. Schmoß, Maurer Weißer und Bandagist Geiselmann. Dieselben wurden beschuldigt, im März vorigen Jahres bei der Expedition einer Sendung, die angeblich verbotene Schriften enthielten, haben soll, mitgewirkt zu haben. Obgleich die Beweisaufnahme so dürftig wie immer ausfiel, und namentlich keinen der Angeklagten nachgewiesen werden konnte, daß er von dem Inhalt der Sendung Kenntniß gehabt habe, wurden doch alle vier schuldig befunden, und Zwickler und Schmoß zu je zwei Monaten, Weißer und Geiselmann zu je anderthalb Monaten verurtheilt. Den drei Erstgenannten wurden wegen der im vorigen Frühjahr ganz unndiger Weise über sie verhängten Untersuchungshaft von zehn bis vier Wochen noch 14 Tage nachgelassen.

Bemerk! soll noch werden, daß diesmal ein ganz außerordentlich starkes Aufbegehren von Sozialisten und Schandarmen in Verhandlungsaal und die Gänge besetzt hielt, warum, ist ebenso unerklärlich wie die Ausschließung der Öffentlichkeit, welche auf Antrag der Staatsanwaltschaft erfolgte. Da der letztgenannte Beschluß „im Interesse der öffentlichen Ordnung“ gefaßt wurde, wäre man fast geneigt anzunehmen, daß bei Staatsanwalt und Richtern ein gewisses Schamgefühl erwacht sei, doch wollen wir dieses nicht näher untersuchen.

München, 23. Februar. Gestern, Sonntag den 22. Februar, hat unser Genosse Dr. Schönlanf seine Strafe angetreten. Er wurde von ungefähr 300 Genossen bis zur Frohnstube begleitet. Bei seinem Eintritt in dieselbe brachten wir ein donnerndes Hoch auf die Sozialdemokratie aus.

Die Münchner Genossen.

Nachruf.

Wiederum hat uns der Tod einen unserer besten Genossen entzissen. Am 14. Februar verstarb an den Folgen eines Schlaganfalls Genosse Eduard Köhler, Wäschehändler, in noch nicht vollendetem 52. Lebensjahre. Wir betrauern in ihm einen hingebenden Genossen, der allezeit bereit war, für unsere Sache zu opfern und zu kämpfen. Ehre seinem Andenken!

Die Parteigenossen von Dresden und Umgebung.

Sprechsaal.

München, 21. Februar.

Der „Sozialdemokrat“ hat mit vollem Recht vor dem pp. Seydler du Resnil als einem Betrüger gewarnt. Da der saubere Herr sich auf seinen Gaunerzügen auch auf meinen Namen hin Festsuchversuche erlaubt hat, so theile ich Folgendes mit:

Zum ersten Male sah ich Seydler zu Lebzeiten der jetzt selig im Sozialistengesetz entschlafenen „Süddeutschen Post“. Er kam auf unser Redaktionsbureau und machte auf mich den Eindruck eines journalistischen Bettlers, wie sie den Zeitungsmenschen öfters in den Weg kommen. Zum zweiten Male sah ich den Burschen hier vor mehreren Wochen bei einem Parteigenossen. Seine Münchhausenfäden sind bereits im „Sozialdemokrat“ geschildert. Ich warnte und rathete die demjenigen unwürdigen Genossen, auf deren Empfehlung er sich berief, allein in der Zwischenzeit hatte Seydler, dem natürlich der Boden hier zu heiß wurde, durch eine meisterhaft gespielte Komödie einen Genossen zur Vergabe von 52 Mk bewogen und — war nach Jülich verduftet.

Diese Schilderung wird genügen, um zu zeigen, wie berechtigt Seydler's Berufung auf mich war. Hat doch derselbe Seydler bei Münchener Genossen sich über mein Vertrauen beklagt.

Die jetzt von uns angestellte Untersuchung hat ergeben, daß Seydler hier außerdem ganz gemeine Hodelschwindereien im Schattenthaler, Grünwald und Bauer, bezugungen hat, daß er arme Kleinrentnerinnen um ihr saures verdientes Geld begaunerte. Seydler ist mit einem Wort ein Erzklump und hat mit der Sozialdemokratie niemals etwas Weiteres zu thun gehabt als sie zu beschwindeln.

Bruno Schönlanf.

NB. Seydler soll sich nach Basel (anderen Nachrichten zufolge nach Paris) gewendet und erklärt haben, auf Anträgen „seiner Familie“ nunmehr insolge unserer „rücksichtslosen Angriffe“ nach Amerika auszuwandern zu wollen. Wir warnen und empfehlen den Gauner der besonderen Aufmerksamkeit unserer Genossen in Amerika und Australien.

Nachrichten hierher, sobald er auftaucht, sind erbeten.

Die Vertrauensleute.

Der Widerhall.

Ihr könnt die Freiheit wohl dem Vogel nehmen, Wenn Ihr in's Drahtgeheule ihn verbannt; Ihr könnt ihm graulich seine Schwingen lähmen, Doch er nicht fliegen kann in's weite Land. Doch könnt Ihr nie gebieten seinem Sange, Denn hell erklingen seine freien Lieder, Sie brechen sich am schroffen Felsenhange, Und hundertfältig gib't das Echo wieder.

Auch mir, von Kerkermauern rings umgeben, Gebietet grinsend Ihr ein mächtig Halt! Doch meines Geistes Flügelschlag, mein Streben, Das löst Ihr, brennt Ihr immer mit Gewalt! Rein, aus den Mauern, hinter e'nen Platten Hört Ihr entsetzt ein Jubellied erklingen; Die Siegesglocke, in mächtigen Akkorden, Wird es in Sturm zu tausend Herzen bringen.

Kriegsgefängniß Konstanz, am Tage der Reichstagswahl 1884.

D. K.

Achtung!

Wir müssen wiederholt darauf aufmerksam, daß eine mündliche Vernehmung Unterstützungsuchender auf diesen oder jenen Vertrauensmann ebensowenig wie die Vorzeigung von Briefen Postkarten u. dergl. bekannter Genossen als Nachweis dienen können, daß Anknüpfungsberechtigung und volle Verantwortlichkeit vorliegt. Man wende sich vielmehr stets in eingeschriebenem Briefe sofort direkt an die Person, auf welche sich Betreffende beziehen, lorge wo thunlich indessen für Arbeit und beschränke die Hilfe aufs Unentbehrliche.

Daß A. oder B. einen Brief zeigt, worin zugegeben ist, man habe ihn zu der und der Zeit in A oder B als rüstigen Genossen kennen gelernt, kann keineswegs als Anweisung für monate- und jahrelange Unterstützung in allen möglichen Fällen gelten. Die Erfahrung lehrt, daß die Partei derart — besonders in der Schweiz — vielfach von unsauberen Elementen mißbraucht wurde, andererseits aber schwache Charaktere durch gewohnheitsmäßige Hilfsforderungen korrupt, der Arbeitlust entzündt und füglich der Partei an vielen Orten zur Schande und zum Nachtheil gelebt haben, sobald ihren Ansprüchen nicht dauernd willfahrt werden konnte und durfte. Uns Betreffendes wolle man also stets rasch und bündig hier herberichten!

Die Züricher Vertrauensleute.

Briefkasten

der Expedition: C. S. Götting: Nr. 3 — Abon. 1. Du. u. Hft. 9 irrig unter anderer Chiffre quittirt. — Frau Baron Judischsen: Fr. 4 90 f. Sdft. erh. — Erlag „Jug. Adr.“ Marx hoffen eintrösten mit 9. — Ernesto Weiland Rio Jano.: Nr. 4 — für 2 Abon. 1. Du. u. Hft. 1 — f. Sdft. gutgeh. — Zu hoher Verlust auf dortigen Marken. Hftlg. fort. Fortschgn. folgen. — Frhr. I. Wald: Fr. 1 14 f. Sdft. erh. — Hansen: Nr. 20 20 Ab. 1. Du. u. Sdft. in Gegriff gutgeh. Nr. 5 36 (Fr. 6 70) an Wa. ausbezahlt. — Lode: Fr. 4 — von einem Prüdelin für die gemäßigtesten Sozialisten durch S. Sch. dtd. erh. — F. Kitts. Br.: Nr. 1 60 f. Sdft. erh. — Sdg. abs. — Wulff: Fr. 1 60 — erh. und Hieson Fr. 39 30 Ab. 1. Du. u. Sdft., Fr. 38 — (für 43 Bds von Lehmann) Gemeinliches und Fr. 82 50 pr. Wb. dtd. erh. — Himmell — — — Nr. 3 — Ab. 4. Du. u. Sdft. W. erh. R. indirekt besorgt. — J. Rang. Ka.: Fr. 2 50 Ab. 1. Du. u. Fr. 2 50 pr. Wb. dtd. erh. — G. R. D.: Nr. 4 — f. Sdft. erh. — Peter I. d. Fremde: Nr. 2 — Ab. 1. u. 2. Du. erh. Ab. geordnet. — Pöhlken Lehmann I.: Nr. 6 — f. Porto erh. Wird besorgt. — M. S. Puyugi: Fr. 2 10 Ab. 1. Du. erh. — B. Langner Chicago: Fr. 35 4 pr. Ab. erh. Hft. Weiteres. — London C. N. B. Roland: Beseitigt hier nicht zu haben. Beim „Friedenker“ Milwaukee Disc. — R. S. 4 Sdg. kann express besorgt werden. — H. J.: Gewünschtes abg. — Morgenroth R.: Fr. 16 70 à Cto. Ab. erh. Zugelagerter Hft. händlich erwartet. — F. A. Antonov: Hft. erh. Tags zuvor hatte Pfg. B. Hft. Ab. erbeten. Erlag/Hft. am 3. 2. fort. Grüße alleseits! — Willelmus: Nr. 50 — à Cto. Ab. erh. Ab. abwärts verhältniß. Bitten Korrektur endlich merken. — v. d. Eider: Nr. 150 — à Cto. Ab. u. Gegriff gutgeh. Ab. u. notirt. Hftlg. u. Hft. folgt. — Hansen: Fr. 6 70 ab 28. 2. an Pa. H. Amosq. bez. — Redaripipe: Xband mit 15 Cts Straßporto erh. Wog 103 Gr. — Nothe Faust: Nr. 120 — Ab. 4. Du. 84 u. Sdft. erh. Hftlg. notirt. Einspänner wird besorgt. — August G.: Nr. 5 75 Ab. ab 1. März—Ende Juni erh. Hftlg. folgt. Nur nicht nervös werden, Freund, die Sache läßt sich doch nicht händeln lassen! — S. Gumbinnen: Nr. 20 — pr. Kgds. dtd. erh. — Fuchs: Nr. 100 — à Cto. Ab. u. c. erh. U. Ab. notirt. Hftlg. folgt. Nur unbesorgt und kaufmännisch pünktlich, sobald Hft. dort. — Neum-Haden (10 Doll.) Fr. 50 85 gesammelt von J. Bollenfänger pr. Kgds. dtd. erh. — Franz: Nr. 3 — Ab. 1. Du. erh. Aber auf zweimaliges Mahnen kein Lebenszeichen gibt, wird geiperrt. — Refelland Laufanne: Fr. 34 2 f. Sdft. erh. — Jülich: Fr. 1 — vom Rundgesang i. d. W. Hft. pr. Kgds. durch Schnp. dtd. erh. — F. H. Sdft.: Nr. 1 — à Cto. Wb. erh. — Roderich: 60 Hft. f. Sdft. erh. Sdg. fort. — G. D. Wü. Nr. 4 — Ab. ab 1. März—Ende Juni erh. — Kother Hans: Nr. 5 40 Ab. Dez. u. Jan. erh. Hftlg. u. notirt. Ab. geordnet. —

Wer Auskunft geben kann über den Aufenthalt des Josef Kraupmann, Schneider aus Deutsch-Böhmen, und des

Friedrich Jahn, Schneider aus Wahren, ist gebeten, dieselbe gelangen zu lassen an: D. Svaty, 733 B. 5 Street in St. Louis Mo. Amerika.

Sozialistische Arbeiterpartei Amerika. Section New-York.

Sitzung des Zentralkomitees jeden Freitag Abends 8 Uhr im Lincoln Hall, 242 Allen und Doulan Street. Jeden Sonntag finden Versammlungen statt. Näheres folgt in „New-Yorker Volkszeitung“, besonders Freitags und Samstags.

Schweizerische Genossenschaftsbücherei in Göttingen-Jülich.